ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Lorenz Horvath, Frederik Witjes, Rosemarie Newil, Leonie Arlt, Markus Lamprecht, Marcus Lieder, Tobias Wolff, Jakob Dirnböck (SchüVo)*

Tagesordnungspunkt: *16.2. Leitantrag des Bundesvorstands*

LA: Schule für das Leben, statt Leben für die Schule

Antragstext

Durch Chat-GPT und Co. wurde uns sehr rezent schon gezeigt, wie wenig wir eigentlich über die nächsten Jahre vorhersagen können. Gerade in der Schulbildung führt das zu enormen Problemen, denn was passiert denn, wenn ich mich mit 14 für einen Bildungsweg entscheide, dessen Zukunftsrelevanz sich aber innerhalb meiner Schulzeit massiv wandelt? Wie kann eine Schule mit so etweas umgehen? Sollte man sich z.B. auf bestimmte Teilbereiche spezialisieren und auf diese pivoten? Natürlich ist diese Frage auch eine, die im Sinne der Schulautonomie beantwortet werden muss, jedoch wäre es schlichtweg naiv, zu denken, dass jede Schule einen solchen makroökonomischen und wissenschaftlichen Überblick hat. Genau hier kommmt das neue "Future Institute", eine schlanke neue Entität auf Bundesebene, ins Spiel, das die im Antrag "I've been looking for Leistung" beschlossenen Bildungsservices ergänzen und de facto als Think Tank agieren soll. Es soll sich mit neuen Erkenntnissen im Bereich der Forschung auseinandersetzen und auf Basis dieser Empfehlungen für Schulen direkt, aber auch die Weiterentwicklung des Bildungsstandortes an sich in Form von Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung und die Landesregierungen erarbeiten.

- Wir fordern die Schaffung eines neuen, schlanken Bildungs-Think Tanks, welcher Handlungsempfehlungen für Schulen und Gesetzgeber auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse erarbeiten soll, so dass Schulen ihre Schulautonomie effektiv ausgestalten können.

In unserem Antrag "Bildungspflicht statt Absitzpflicht" fordern wir die Einführung einer mittleren Reifeprüfung zum Abschluss der Sekundarstufe I, an welche die neue Bildungspflicht gekoppelt ist. Dies ist großartig, da so sichergestellt wird, dass die für ein mündiges Leben und den fortschreitenden

Bildungsweg notwendigen Grundkompetenzen auch tatsächlich in der Sekundarstufe I erlernt werden und die Sekundarstufe II so entlastet wird und sich auf ihren eigentlichen Bildungsauftrag fokussieren kann. Ein Schultyp, welcher besonders von dieser neuen Regelung profitieren würde, ist die polytechnische Schule. Ihr gesetzlich festgelegter Zweck ist, durch Vertiefung der Allgemeinbildung, Berufsorientierung und Berufsgrundbildung, auf das weitere Leben – insbesondere auf das Berufsleben - vorzubereiten. Diesem konnte sie in den letzten Jahren aufgrund der etlichen Kompetenzdefizite vieler Schüler:innen jedoch leider schlichtweg nicht nachkommen. Wir JUNOS Schüler:innen halten die polytechnische Schule, so, wie sie der Gesetzgeber aktuell vorsieht, für ein tolles Sprungbrett in eine erfolgreiche Lehre und wollen, dass sich die PTS wieder auf diesen Ursprungsauftrag besinnt.

- Wir fordern, dass mit der Einführung der mittleren Reifeprüfung auch eine Reorientierung der polytechnischen Schulen auf die vom Gesetzgeber vorgesehenen Aufträge einhergeht.

Viele Jugendliche entscheiden sich aufgrund der geringen Weiterbildungsmöglichkeiten nach der Lehre oftmals für einen anderen Bildungsweg. Wie schon in unserem Antrag "Ein liberales Update für die Berufsschulen" besprochen, muss man hier also ansetzen und die Lehre mit Matura ausbauen. Wir sehen den Bund in der Pflicht hier sowohl die Betrieb, als auch die Lehrlinge selbst besser zu unterstützen. Gerade in der bürokratischen Umsetzung muss es Reformen geben.

- Wir fordern, dass der Bund besser bei der Einführung der Lehre mit Matura unterstützt.

Gerade das österreichische Bildungssystem ist enorm komplex und macht es für 14-jährige Kinder und deren Eltern wahnsinnig schwierig am Abschluss der Sekundarstufe I den "richtigen" weiteren Bildungsweg für das jeweilige Individuum zu finden. Hier muss es eine Reihe an Reformen in der Berufsorientierung geben, um eine mündige Entscheidung bestmöglich zu fördern. Zum einen braucht es auch in der AHS-Unterstufe ein verpflichtendes Fach Berufsorientierung, in welchem nicht nur über diverse Berufsfelder gelernt, sondern auch das individuelle Potenzial erörtert wird. Auch in der Sekundarstufe II gibt es in der Berufsorientierung Defizite. In vielen AHSen fehlt die Perspektive auf den Arbeitsmarkt nahezu gänzlich, während in der BHS die Wahl meistens zwischen Studium und direktem Start ins Arbeitsleben gefällt wird, obwohl es diverse andere Optionen gäbe.

- Wir fordern, dass auch in der AHS-Unterstufe Berufsorientierung als Pflichtfach eingeführt wird.

- Wir fordern, dass im Rahmen der Berufsorientierung in Sekundarstufe II den Schüler:innen alle ihre Möglichkeiten aufgezeigt werden, damit sie so eine mündige Entscheidung treffen können.

Das östereichische Bildungsministerium ist stets sehr bereit neue Bildungsrichtungen zu etablieren, jedoch mangelt es an genau dieser selben Courage, wenn es darum geht veraltete Lehrberufe, Fachrichtungen oder Schwerpunkte abzuschaffen. Dies steigert nicht nur den Verwaltungsaufwand enorm, sondern macht das österreichische Bildungssystem extrem kompliziert und träge. Eine resolute Abschaffung von nicht mehr benötigten Karteileinchen-Ausbildungen entbindet personelle Ressourcen in der Verwaltung und schafft ein klareres, leichter zu managendes Bildungssystem.

- Wir fordern eine konsequente Abschaffung von veralteten Bildungswegen, um die Verwaltung zu entlasten und das Konstrukt Bildungssystem als ganzes zu entwirren.

Der Erfolg einer Schule sollte nicht nur an den erzielten Noten ihrer Schüler:innen bei standardisierten Tests bemessen werden, schließlich geht hier viel Nuance (z.B. Softskills oder andere praxisnahe Bildungselemente) verloren. Daher fordern wir zusätzlich zu einer Veröffentlichung solcher Testergebnisse und dem daraus resultierenden Schulranking auch ein Tracking der Arbeitsmarktperformance der Absolvent:innen, dessen Ergebnisse gemeinsam mit den Testergebnissen veröffentlich werden sollen. So kann man sich ein genaueres Bild über den Bildungserfolg einer Schule machen (gerade in puncto sozialer Mobilität) und damit einhergehend auch lokale schulautonome Initiativen und deren Auswirkungen besser bewerten.

- Wir fordern, dass zusätzlich zum Erfolg der Schüler:innen einer Schule bei standardisierten Tests auch der Erfolg am Arbeitsmarkt getrackt und diese Daten öffentlich zugänglich gemacht werden.